

09

Beschreibung der Infrastruktur gemäß § 178 (1) SGB III / § 2 (1) 3 AZAV:

Anlage Infrastruktur

1. Allgemeine Hinweise

- Mietverträge, Raumpläne, Grundrisszeichnungen werden im Rahmen des Auditverfahren vor Ort geprüft.
- Aus den Mietverträgen müssen der Nutzungszweck, die Büro- und Schulungsräume bzw. die Ausbildungswerkstätten hervorgehen.
- Die Standorte des Trägers werden orts- und fachbereichsbezogen zugelassen.
- Bei der Zulassung der Standorte für bestimmte Fachbereiche ist die für das Ausbildungsziel und die Ausbildungsinhalte erforderliche räumliche und technische Ausstattung nachzuweisen.
- Die Standorte müssen den Anforderungen der AZAV hinsichtlich Größe, Ausstattung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz entsprechen.
- Die Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung in der jeweils gültigen Fassung in Verbindung mit den Arbeitsstättenrichtlinien, der Bildschirmarbeitsverordnung in der jeweils gültigen Fassung und die Vorschriften der zuständigen Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaften) sind bei der Auswahl und Nutzung der Standorte zu berücksichtigen und zu überprüfen.
- Temporäre Standorte können bis maximal zum nächsten Überwachungsaudit zugelassen werden. Es erfolgt eine Dokumentenprüfung im Offsite-Verfahren.

2. Standortbezogene Hinweise – Übersicht Standorte

Auszug aus den Empfehlungen des Beirates

In den Träger-Zertifikaten ist für Standorte mit weniger als 12 Ausbildungsplätzen die maximale Teilnehmerzahl anzugeben. Grundlage ist der nachfolgend markierte Absatz aus den Empfehlungen des Beirates



Empfehlungen des Beirates nach § 182 SGB III

Stand: 21.07.2021

Benennung von Standorten des Trägers (gültig für alle Fachbereiche nach § 5 Abs. 1 S. 3 AZAV)

Neue Anschriften des Trägers (Geschäftssitz und Zweigstellen, von denen aus die Maßnahmen der Arbeitsförderung angeboten werden sollen – auch temporär), sind der fachkundigen Stelle im Rahmen der Trägerzulassung anzuzeigen. Die fachkundige Stelle hat die Qualität der Standorte des Trägers (auch der temporären) mit geeigneten Maßnahmen zu prüfen bzw. zu überwachen und dem Träger anschließend zu bescheinigen. Damit sollen jederzeit angemessene räumliche Bedingungen für die Teilnehmenden sichergestellt werden.

Für die praktische Umsetzung bedeutet dies:

Für zu zulassende oder zugelassene Standorte ist zu prüfen, ob Unterrichtsräume mit 12 und mehr Teilnehmerplätzen am Standort vorhanden sind.

D.h. inwieweit eine Gruppenmaßnahme mit den kalkulierten 12 TN (vorher 15 TN) am Standort durchführbar ist.

Für den Fall, dass nur Unterrichtsräume mit weniger als 12 Teilnehmerplätzen vorhanden sind, muss die maximale Teilnehmerzahl für diesen Standort auf dem Zertifikat angegeben werden.

Beispiele: (Schulungsplatz ohne Dozentenplatz)

Standorte	Bemerkungen
<u>Standort A</u>	<ul style="list-style-type: none"> – 4 Unterrichtsräume, davon 2 Unterrichtsräume mit je 15 Schulungsplätzen und 2 Unterrichtsräumen mit je 12 Schulungsplätzen – Gruppenmaßnahme kann durchgeführt werden. – Keine Einschränkung bzgl. Teilnehmerzahl für den Standort
<u>Standort B</u>	<ul style="list-style-type: none"> – 4 Unterrichtsräume, davon 2 Unterrichtsräume mit je 12 und mehr Schulungsplätzen, 1 Unterrichtsraum mit 8 Schulungsplätzen, 1 Unterrichtsraum/Beratungsraum mit einem Schulungsplatz – Gruppenmaßnahme kann durchgeführt werden. – Keine Einschränkung bzgl. Teilnehmerzahl für den Standort
<u>Standort C</u>	<ul style="list-style-type: none"> – 4 Unterrichtsräume, davon 2 Unterrichtsräume mit je 10 Schulungsplätzen, 1 Unterrichtsraum mit 8 Schulungsplätzen, 1 Unterrichtsraum/Beratungsraum mit einem Schulungsplatz – Gruppenmaßnahme kann <u>nicht</u> durchgeführt werden. – Einschränkung bzgl. Teilnehmerzahl für den Standort max. 10 Teilnehmer
Bei Maßnahmen im Fachbereich 1 ist nicht in jedem Fall bereits bei der Zulassung des Standortes absehbar, ob nur Einzel- oder auch Gruppenmaßnahmen durchgeführt werden.	

3. Fachbereichsbezogene Hinweise

Fachbereich	Bemerkungen
FB 1	<ul style="list-style-type: none"> – Schulungsraum mit mindestens 12 TN-Plätzen, Büro, Beratungsraum, Pausen-(Sozialraum), Werkstätten bei fachpraktischer Weiterbildung – Bei Maßnahmen mit Einzelcoaching ist ein Büro- und Beratungsraum ausreichend.
FB 2	<ul style="list-style-type: none"> – Büro- und Beratungsraum
FB 3	<ul style="list-style-type: none"> – Die konkreten Anforderungen an die Infrastruktur richten sich nach der jeweiligen Maßnahme zugrunde liegenden Leistungsbeschreibung. So sind z.B. für abH, BvB sowie BaE integrativ umfangreiche Raumkapazitäten erforderlich, für BvB integrativ und BaE integrativ sind zusätzliche Räume für die Fachpraxis „Werkstätten“ nachzuweisen.

	<ul style="list-style-type: none">– AbH benötigt in der Regel mehrere (kleinere) Unterrichtsräume, um mehrere Gruppen gleichzeitig unterrichten zu können.
FB 4	<ul style="list-style-type: none">– Anforderungen siehe FB 1
FB 5	<ul style="list-style-type: none">– Mindestausstattung gemäß FB 2; bei Durchführung von Gruppenmaßnahmen sind die Anforderungen der FB 1 und 4 zu erfüllen.
FB 6	<ul style="list-style-type: none">– Anforderungen wie bei FB 1 und FB 4 sowie eine dem Leistungsangebot entsprechende räumliche und sächliche Ausstattung (Werkstätten) einschließlich Sozial-, Umkleide- und Sanitärräumen– Barrierefreiheit im Sinne des § 4 BGG unter besonderer Berücksichtigung einer möglichen Spezialisierung auf bestimmte Behinderungsarten ist grundsätzlich zu gewährleisten.– Werden Leistungen nach § 33 Abs. 3 Nr. 3 und 4 SGB IX angeboten, muss die räumliche und sächliche Ausstattung den einschlägigen Ausbildungsregelungen in besonderer Weise Rechnung tragen.

Dateiname: 09_Infrastruktur